

Während die Bischöfe Burundis, fünf Tutsi und zwei Hutu, einer Auseinandersetzung mit dem Staat aus dem Wege gingen und sehr zurückhaltend reagierten, führte die antikirchliche Politik innerhalb der Tutsi-Elite in Regierung und Armee zum Dissens und bildete einen der Gründe für den Putsch vom September 1987. Kurz danach wurden viele der gegen die Kirche gerichteten Maßnahmen aufgehoben. Zur Durchführung seiner Politik der nationalen Einheit war für Buyoya, der zwei katholische Bischöfe in die Kommission zur Ausarbeitung der „Charta der nationalen Einheit“ berief, die Unterstützung der Kirche wichtig.

Die politische Übergangsphase wurde durch mehrere eindringliche Botschaften der Bischöfe zur Demokratisierung begleitet. Auch nach dem Machtwechsel setzten sie die Mitarbeit in politischen Beratungsgremien fort: in dem von Präsident Ndaye am 30. September 1993 ernannten „Rat der nationalen Einheit“ übernahm der Vorsitzende der katholi-

schen Bischofskonferenz das Amt des Vizepräsidenten. Die Reaktion der Bischöfe auf den Putsch vom Oktober 1993 und die darauf folgenden Massaker ließen erkennen, daß in der Kirchenführung inzwischen ein Haltungswandel stattgefunden hatte. In der gemeinsamen Erklärung der christlichen Kirchen Burundis wurden erstmals von höchster kirchlicher Seite ausdrücklich die Sicherheitskräfte angeklagt und die Ausschreitungen des Militärs gegen die Bevölkerung verurteilt. Auf Gebets- und Besinnungstagen der katholischen Bischofskonferenz im Februar 1994 gestanden die Verantwortlichen der Kirche ein, das ethnische Problem zu zaghaft behandelt und seine Verquickung mit der Machtfrage zu wenig beachtet zu haben. Das drängende Anliegen, aus der Spirale der Gewalt und ihrer Ursachen auszubrechen, machte der Kirche ihre politische Verantwortung mehr denn je bewußt.

Marianne Weiß

## Wie weit geht der Wandel?

### Vietnam zwischen Aufbruch und Stagnation

*Wie in der benachbarten Volksrepublik China hält auch in Vietnam die kommunistische Partei an ihrem Machtmonopol fest, während sie wirtschaftlich auf Liberalisierung setzt. Erfolge der wirtschaftlichen Reformpolitik kontrastieren mit ideologisch-politischer Stagnation. Die Religionsgemeinschaften in Vietnam unterliegen nach wie vor staatlicher Aufsicht und können sich nur begrenzt entfalten. Probleme zwischen Regime und katholischer Kirche gibt es vor allem im Zusammenhang mit Bischofsernennungen.*

Der Flughafen von Ho-Chi-Minh-Stadt bzw. Saigon, wie die größte Stadt Vietnams von den meisten Einheimischen immer noch genannt wird, kann zwar noch lange nicht mit den modernen Airports in der Region konkurrieren. Inzwischen sind aber die ersten neuen Abfertigungsgebäude fertiggestellt und weitere Modernisierungsmaßnahmen in Angriff genommen worden. Der erste Eindruck, den der Besucher bei der Fahrt vom Flughafen in die Stadt von Vietnam bekommt, ist der einer großen Baustelle, auf der mit Hochdruck Neubauten errichtet werden. So entstehen z. B. auf dem riesigen Gelände des ehemaligen US-Stützpunkts Bien Hoa im Osten von Ho-Chi-Minh-Stadt viele neue Industrieanlagen. Was an dieser Stelle noch nach einer zentralen Planung für einen geordneten Aufbau neuer Industrien erscheint, erhält ein anderes Gesicht, wenn man die vielen offensichtlich unkoordinierten Anstrengungen sieht, neue Geschäfte, kleine Manufakturbetriebe und viele andere Formen von Gewerbe zu eröffnen.

Der Gesamteindruck, in ein im Aufbruch befindliches Land zu kommen, wird durch die teilweise schrille Werbung für die unterschiedlichsten Produkte ausländischer Firmen verstärkt. Großflächige Werbeplakate bestimmen das Bild der großen Avenues und verunzieren es auf unerträgliche Wei-

se. Nach anfänglicher Großzügigkeit hat die Regierung seit 1992 Erlaubnisse für das Aufstellen weiterer großflächiger Werbetafeln nicht mehr erteilt.

### Wachsende Bedeutung des privaten Sektors

Vietnam hat eine gewisse Zeit gebraucht, um sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR aus seiner dadurch resultierenden außenpolitischen Isolation zu befreien. Die starke Anlehnung an das russische Imperium durch die Überlassung militärischer Stützpunkte, in der politischen Zusammenarbeit und den wirtschaftlichen Beziehungen hatte in den letzten Jahren für Vietnam immer weniger Vorteile erbracht. Die Umorientierung der außenpolitischen Optionen des Landes brachte zunächst eine größere Öffnung zu den in der ASEAN zusammengeschlossenen Staaten, vor allem Thailand, Singapur, Malaysia und den Philippinen. Durch die Beendigung des vietnamesischen Engagements in Kambodscha war für die Staaten der Region eine generelle Entspannung eingetreten, die die weitverbreitete Angst vor weiteren militärischen Unternehmungen Vietnams abbauen half.

Auch die seit langem eher schlechten Beziehungen zum ehe-



maligen sozialistischen Bruderland, der *Volksrepublik China*, haben sich weitgehend normalisiert. Die gemeinsam empfundene Verpflichtung, das Banner des Sozialismus hochzuhalten, erweist sich als Kitt dieser nicht immer leichten Partnerschaft. Bleibende Belastungen für das Verhältnis zur VR China, aber auch zu anderen ASEAN-Staaten, bringt das ungeklärte Problem der Spratley-Inseln mit sich. Neben Vietnam erheben mehrere anliegende Staaten Gebietsansprüche auf diese kleinen Inseln, auf denen bzw. in deren nächster Umgebung sich große Ölvorräte befinden sollen.

Die Kurswende in der *Wirtschaftspolitik* Vietnams geht auf den sechsten Parteitag der kommunistischen Partei im Dezember 1986 zurück, als die sog. Erneuerungspolitik (*doi moi*) eingeführt wurde. Zwei Jahre später erging das sog. „Dokument 10“ des Politbüros, in dem die grundsätzliche Vereinbarkeit der Marktwirtschaft mit einer sozialistischen Wirtschaft erklärt wird. In der *Landwirtschaft* wurde die Vertragswirtschaft eingeführt: Grund und Boden bleiben im Staatsbesitz, aber einzelne Parzellen werden Bauern überlassen, die eine Abgabe als Miete leisten, im übrigen aber den erwirtschafteten Gewinn für sich behalten können. In der *Industrie* wurden ausländische Investitionen aus nicht-kommunistischen Ländern zugelassen und private Firmen neben den Staatsbetrieben erlaubt. Nur die sog. Schlüsselindustrien sollen in Staatsbesitz verbleiben.

Erfolge sind ohne Zweifel in der Landwirtschaft zu beobachten. Von den 73 Millionen Einwohnern leben immer noch 80 Prozent auf dem Land. Hier hat die Reformpolitik zu einer vollständigen Privatisierung geführt. Zusammen mit dem landwirtschaftlichen Sektor werden gegenwärtig bereits zwei Drittel des Bruttosozialprodukts im privaten Sektor erwirtschaftet; allerdings behindern die bestehenden Gesetze und bürokratischen Vorschriften immer noch die Wirtschaftsentwicklung. 1993 erreichte die Reisernte mit 22 Millionen Tonnen einen in der Geschichte des Landes noch nie dagewesenen Höchststand; nach Thailand und den USA ist Vietnam so zum drittgrößten Reisexporteur der Welt avanciert.

Der Außenhandel mußte nach dem Zusammenbruch der alten UdSSR und des COMECON sehr schnell umorientiert werden, was Vietnam überraschend glatt gelungen ist. Der Handel mit dem Ausland, vornehmlich mit den ASEAN-Staaten, stützt sich in erster Linie auf den Export von Erdöl, von Reis und Fischprodukten. Hinzu kommen noch die Ausfuhr von Naturkautschuk und der Verkauf von Textilien, die in Kontraktarbeit für westliche Firmen, vor allem aus der Europäischen Union, hergestellt werden. Mit einem Pro-Kopf-Jahreseinkommen von 230 US-\$ für 1993 liegt Vietnam immer noch weit hinter den meisten anderen asiatischen Ländern zurück. Die stetigen Steigerungen, die seit 1986 erzielt wurden, machen aber deutlich, daß Vietnam dabei ist, die durch die Isolierung in der Region seit 1975 eingetretene wirtschaftliche Stagnation zu überwinden.

Verschiedene Faktoren lassen eine relativ optimistische Einschätzung der langfristigen Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes realistisch erscheinen: Die wirt-

schaftliche Reformpolitik der vietnamesischen Regierung selber, die in eine Zeit der politischen Entspannung in Südostasien fällt, trägt dazu ebenso bei wie das Vertrauen, das ausländische Investoren dem Land und seiner Politik entgegenbringen. Die vorhandenen natürlichen Ressourcen sowie der Fleiß und die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung sind ebenfalls positive Pfunde. Als Negativposten sind allerdings nicht zu unterschätzende Probleme einer sich verschlechternden sozio-ökonomischen Infrastruktur zu nennen, verstärkt durch große Mängel in den Verkehrsbedingungen, da der Straßenbau, der Unterhalt und Ausbau der Seehäfen und die Entwicklung der Eisenbahnen sowie der Fluglinien mit dem Wirtschaftswachstum nicht Schritt halten können. Beim Ausbau der elektronischen Medien steht Vietnam ganz am Anfang. Es fehlen eine internationale Börse und ein offener Kapitalmarkt, der die Abwicklung von ausländischen Investitionen begünstigen würde. Die Bausubstanz in den großen Städten ist oft weitgehend verfallen und müßte von Grund auf erneuert werden.

---

## Hohe Arbeitslosigkeit – allgegenwärtige Korruption

---

Hinzu kommt die weit verbreitete *Arbeitslosigkeit*: Von den etwa 30 Millionen Vietnamesen im arbeitsfähigen Alter sind gegenwärtig 20 Prozent ohne Arbeit und annähernd 40 Prozent unterbeschäftigt. Soziale Folgen sind ein florierender Schwarzmarkt, weitverbreitete Korruption und ein Wiedererwachen von Prostitution, Bettelei, Jugendkriminalität und Drogenmißbrauch. In den Großstädten Ho-Chi-Minh-Stadt, Hanoi und Hue wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen immer größer, die mit dem Verkauf von Postkarten und anderen Tourismusartikeln sich ihren Unterhalt zu verdienen versuchen. Sie sind nur zu leicht bereit, auch in der Kinder- und Jugendprostitution zu „arbeiten“. Auch wenn einige Berichte über Prostitution in Vietnam übertrieben sind und das Phänomen größer und greller darstellen, als es ist, so ist im Gefolge der zunehmenden sexuellen Freizügigkeit AIDS ein Problem der Gesundheitsbehörden geworden.

Die *Korruption* betrifft die vietnamesische Bevölkerung genauso wie die ausländischen Investoren oder auch Touristen. Da sind die Polizisten, die sich über Verkehrskontrollen und großzügige Vergabe von Protokollen zusätzliche Einnahmen verschaffen, oder die Beamten, die bei der Erteilung der verschiedenen amtlichen Genehmigungen für den Import, den Aufenthalt und die Eröffnung von Geschäften ihre eigenen Gebührentarife haben, die von den offiziellen weit abweichen. Die offiziell gezahlten Gehälter sind bei dem katastrophalen Wechselkurs des vietnamesischen Dong und der galoppierenden Inflation im Land viel zu niedrig, als daß jemand nur davon leben könnte. Zusatzeinnahmen braucht man nicht nur, um besser, sondern um überhaupt leben zu können. Nebengeschäfte aller Art sind daher an der Tagesordnung.



Seit dem Ende des Vietnam-Kriegs 1975 waren die Beziehungen zwischen den USA und dem wiedervereinigten Vietnam unterbrochen, und bis zum 3. Februar 1994 bestand ein *Handels-Embargo*, das US-Firmen jede Form von kommerziellen Austausch mit Vietnam verbot. Lange Jahre beschäftigte die US-Regierung und vor allem die betroffenen Familien das Schicksal der vielen amerikanischen Piloten und Armeesoldaten, die in Vietnam vermißt werden. Es gab und gibt immer neue Gerüchte, daß sich auch weiterhin US-Soldaten als Gefangene der Regierung in Vietnam befinden. In den letzten Jahren hat sich Hanoi etwas kooperativer gezeigt, um über das Schicksal einzelner amerikanischer Kriegstoten zu informieren und die Rückführung von sterblichen Überresten zu gestatten.

Nach der Aufhebung des Handelsembargos sind die USA noch nicht ohne weiteres auch ein für Vietnam bedeutsamer Handelspartner. Die Zeit des Embargos hat andere Konkurrenten um Marktanteile in Vietnam begünstigt. Die großen Investitionen, die allerdings auch erst in den letzten Jahren getätigt wurden, kamen und kommen aus Taiwan, Japan, Südkorea, Singapur und Hong-Kong. Ein anderer wichtiger Faktor für den Aufschwung in der Wirtschaft und im Handel sind Vietnamesen, die im Ausland, etwa in den USA, Kanada oder Australien zu Geld gekommen sind und jetzt mit ihrem ersparten Kapital zurückkehren, um in Vietnam Geschäfte zu machen. Ihr Vorteil ist die Vertrautheit mit dem Land und seinen Gebräuchen. Die *Bundesrepublik* ist dabei, sich stärker für die Region zu interessieren. Gegenwärtig liegt sie jedoch erst an 27. Stelle unter den Investoren auf dem vietnamesischen Markt.

---

## Die kommunistische Ideologie hat abgewirtschaftet

---

Die *kommunistische Partei* Vietnams hat ihren politischen Kredit, den sie zumindest in größeren Teilen der Bevölkerung aufgrund ihrer revolutionären Verdienste genoß, gründlich verspielt. Es ist bezeichnend, wenn ein kommunistisches Parteimitglied ausländischen Journalisten mitteilte, daß er den groß angekündigten erstmaligen Zwischenparteitag der kommunistischen Partei im Januar 1994 in Hanoi nicht habe verfolgen können, da er mit seinen eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten zu sehr ausgelastet gewesen sei. Der Generalsekretär der Partei, *Do Muoi*, bekräftigte auf dem Parteitag, daß Vietnam unbeirrt am marxistischen Kurs festhalten werde, aber auch die Politik der wirtschaftlichen Öffnung konsequent weiterzuverfolgen gedenke. Das Zentralkomitee wurde durch die Zuwahl von 15 neuen Mitgliedern erweitert, die weitgehend dem wirtschaftlichen Erneuerungskurs gegenüber positiv eingestellt sind.

An der Zusammensetzung in der Staatsspitze hat sich aber nichts geändert: Der farblose General *Le Duc Anh* (73) wurde im Amt des Staatspräsidenten bestätigt; Ministerpräsident blieb *Vo Van Kiet* (71), der eigentliche Motor der wirt-

schaftlichen Reformen, und die Führung der Partei behielt *Do Muoi* (76). Auch die Feierlichkeiten um den 40. Jahrestag der Eroberung von Dien Bien Phu am siebten Mai 1994 konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Nostalgie der Großtaten der nationalen Befreiung heute ziemlich verblaßt ist. Es gab in den Zeitungen und im Fernsehen Interviews mit dem legendären General *Vo Nguyen Giap*, der mit seinen jetzt 83 Jahren bei relativ guter Gesundheit ist und sich der damaligen Ereignisse noch gut erinnert. Die Veteranen mit ihren ordensgeschmückten Brüsten paradierten wohl noch durch die Straßen, aber es ist deutlich, daß dies für die meisten Vietnamesen nur noch Pflichtübungen sind, die mehr oder weniger beiläufig miterledigt werden. Die drängenden Probleme des gesellschaftlichen Umbruchs beschäftigen die Menschen weit intensiver, wobei die Kompetenz zur Lösung dieser Fragen immer weniger von den kommunistischen Kadern erwartet wird.

Der Wandel von einer gelenkten Wirtschaft zu einer immer stärker den Marktgesetzen gehorchenden kapitalistischen Gesellschaft macht den herrschenden Kadern Angst. Sie sehen die zunehmende Diskrepanz zwischen einer ideologischen Beharrung auf sozialistischen Prinzipien und einer immer ungezügelter verlaufenden Investitionspolitik, die nicht nur wirtschaftliche Veränderungen, sondern über kurz oder lang auch ideologische und politische Folgen mit sich bringen muß. Die Schwierigkeit der kommunistischen Partei, weiterhin nicht nur die faktische politische Macht auszuüben, sondern auch intellektuell für ihre Ideologie die führende Rolle zu beanspruchen, wird immer offensichtlicher. Die Jugend ist desillusioniert, was die Tragfähigkeit der kommunistischen Idee für die Zukunft des Landes angeht. Die Angebote der Religionen, der buddhistischen und auch der christlichen, werden von immer mehr Jugendlichen als echte Alternative verstanden und genutzt. Manche Maßnahmen von Partei und Regierung gegenüber den Religionsgemeinschaften sind Reaktionen auf deren wachsende Anziehungskraft.

---

## Die Religionsgemeinschaften sind noch nicht frei

---

Diese Stimmungslage bedeutet nicht, daß die Stunde einer politisch organisierten Opposition geschlagen hätte. Es ist auffällig, daß es eine solche Opposition nicht gibt. Das hat sowohl mit dem kommunistischen System der inneren Sicherheit als auch mit der konfuzianistisch geprägten Gesellschaftsauffassung zu tun. Demokratie im westlichen Verständnis hat in Vietnam noch nie funktioniert und es sieht nicht danach aus, als ob sich daran bald etwas ändern würde. Andererseits hat die vietnamesische kommunistische Partei dasselbe Problem, ihre fortdauernde Herrschaft zu legitimieren, wie die kommunistische Partei in China. Wenn immer deutlicher wird, daß die kommunistische Ideologie nicht imstande ist, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Probleme des Landes zu lösen, warum ist dann bei der Übernahme von immer mehr Elementen einer Marktwirt-



schaft, mag sie auch das Etikett sozialistisch erhalten, ihre fortdauernde Herrschaft noch legitim?

Das nationale Büro für religiöse Angelegenheiten hat am 23. Juli 1993 Richtlinien veröffentlicht, mit denen das einschlägige Dekret von 1991 präzisiert werden sollte. Am 4. Dezember 1993 wurde den lokalen Stellen die Durchführung dieser Direktiven noch einmal ans Herz gelegt (vgl. EDA, Dossier et Documents no. 9/93, Suppl. no. 165, Doc. no. 9 F/93; EDA, 16. Februar 94, No. 170, 13f.). Es geht darin z. B. um die Frage der evtl. Rückgabe von Gebäuden und Grundstücken, die früher den verschiedenen Religionsgemeinschaften gehörten. Dabei legt die Regierung Wert darauf, ausschließlich von *Kultstätten* zu sprechen und nicht von *religiösen Einrichtungen*, wie dies die Vertreter der Religionsgemeinschaften tun. Sie möchte die Rückgabe- bzw. Reparationsforderungen der Religionsgemeinschaften möglichst gering halten.

Probleme gibt es auch mit der Publikation religiöser Schriften wie Gebetbücher und Katechismen, aber auch der Herausgabe eigener Zeitschriften. Die katholischen Bischöfe hatten um die Erlaubnis gebeten, einen eigenen Verlag zu errichten und eine katholische Zeitschrift herauszugeben. Die Regierung besteht darauf, daß alle Publikationen der Religionen in Staatsdruckereien zu erscheinen haben und der Zensur seitens der Regierung unterliegen. Auch bei der Ausbildung von Religionsdienern (Priestern, Mönchen, Bonzen etc.) will sich die Regierung die Kontrolle über die Zulassung, Erteilung von Weihen und Ernennungen in Leitungsfunktionen vorbehalten. Das Dokument enthält auch Warnungen vor einem Mißbrauch der Religion durch reaktionäre Kräfte, die die Religionsfreiheit zur Sabotage der staatlichen Politik mißbrauchen wollten und streng bestraft werden müßten.

Im Zusammenhang mit dem ersten Besuch einer Delegation des Apostolischen Stuhls in Vietnam rief das Büro für religiöse Angelegenheiten im November 1990 und dann wieder im November 1991 die Bischöfe Vietnams zusammen, um eine Erklärung zur Religionspolitik abzugeben, die zum ersten Mal von den Religionen in positiver Weise spricht: Religion sei kein Epiphänomen, sondern eine Realität, mit der zu rechnen sei. Partei und Staat erkennen an, daß die Rolle der Religion zur Bewahrung und Entwicklung des ethischen Verhaltens der Bürger in der Gesellschaft positiv zu bewerten sei (vgl. *Une Nouvelle Approche de la Religion dans le Parti Communiste Vietnamien*, in: *Eglises d'Asie*, no. 171, Februar 1994, 1). Schon 1989 hatte der Historiker *Tran Quoc Vuong*, kommunistisches Parteimitglied, darauf hingewiesen, daß eine totale Desakralisierung gefährlich sei, da sie zu Anarchie, Gewalt und Blutvergießen führen könne. Auch der siebte Parteikongreß im März 1990 mußte einräumen, daß die kommunistische Partei Vietnams sich zwar aus Atheisten rekrutiere, die Mehrzahl der Bevölkerung aber immer noch einer religiösen Überzeugung anhängt und sich daran so schnell nichts ändern werde. Fast widerwillig wird zugestanden, daß die Religionen zum Aufbau des gesellschaftlichen Lebens in manchen Bereichen durchaus einen

positiven Beitrag leisten (vgl. *Dossiers et documents No 2/94, Suppl. Eglises d'Asie*, no. 171).

In der kommunistischen Zeitschrift „*Tap Chi Cong San*“ erschien im September 1993 ein Artikel des Historikers *Ngo Phuong Ba*, in dem die „Toleranz und die Versöhnung im Denken von Präsident Ho Chi Minh“ (so der Titel) beschrieben wird. Besonderes Gewicht legt der Autor dabei auf die lobenden Äußerungen von Ho Chi Minh über die katholische Kirche. In der im Dezember 1993 veröffentlichten großen Enzyklopädie zur vietnamesischen Kultur werden die Verdienste einer Reihe von katholischen Missionaren, allen voran Alexandre de Rhodes, sowie herausragender vietnamesischer katholischer Laien überraschend positiv gewürdigt.

Der Anteil der Katholiken an der vietnamesischen Bevölkerung beläuft sich auf 8,5 Prozent, d. h. sechs Millionen Katholiken bei einer Bevölkerung von 72 Millionen. Vietnam zählt drei Erzdiözesen und 22 Diözesen, in denen 31 Bischöfe wirken. Die Zahl der Priester wird mit 1573 angegeben, davon 1273 Diözesan- und 300 Ordenspriester. Die Zahl der Ordensschwwestern ist mit 6226 ziemlich hoch, wenn man die jahrelangen Behinderungen der Aufnahme neuer Mitglieder in Rechnung stellt. Erstmals hat jetzt die Regierung wieder die Erlaubnis für die Einreise ausländischer Schwestern erteilt: Unter der Bedingung, daß die Schwestern in staatlichen Institutionen arbeiten und keine Novizinnen annehmen, wurde es den „*Missionaries of Charity*“, der von Mutter Teresa gegründeten Schwesterngemeinschaft, gestattet, in Ho-Chi-Minh-Stadt und in Hanoi zwei Gemeinschaften zu errichten.

Auf dem Gebiet der Erziehung der Slumbevölkerung gibt es viele von der Regierung geduldete Privatinitiativen. Die katholische Kirche unterhält im Großraum von Ho-Chi-Minh-Stadt eine Reihe von *Kindergärten* und *Grundschulen*, an denen Ordensschwwestern unterrichten. Diese Schulen bieten gewöhnlich auch ein kostenloses Mittagessen für die Schülerinnen und Schüler. Seitens der Regierung steht offiziell einer Beteiligung von katholischen Diözesen und der Ordensgemeinschaften an Ausbau und Erhalt sowie dem Unterricht an Schulen, die „vom Volk“ gegründet wurden, d. h. den staatlichen Schulen keine Konkurrenz machen, nichts entgegen. So heißt es jedenfalls im Schreiben von *Vu Quang*, dem Direktor des Religionsbüros, in Antwort auf eine Anfrage der Vietnamesischen Bischofskonferenz vom 17. Februar 1994.

### Probleme mit Bischofsernennungen

Die derzeitigen Schwierigkeiten zwischen der vietnamesischen Regierung und der Kirche wurden ausgelöst durch die schwere Erkrankung des 84jährigen Erzbischofs von Ho-Chi-Minh-Stadt, *Paul Nguyen Van Binh*, der nicht mehr in der Lage ist, die Erzdiözese weiter zu leiten. Die Regierung hat die Ernennung von *Nicolas Huynh Van Nghi*, Bischof von Phan Tiet zum *Apostolischen Administrator* durch den



Apostolischen Stuhl als ein mit ihr nicht abgesprochenes eigenmächtiges Vorgehen abgelehnt. Dahinter steckt eine grundsätzlichere Auseinandersetzung zwischen dem Vatikan und der vietnamesischen Regierung. Letztere behauptet, daß der Vatikan durch die Ernennung eines Apostolischen Administrators weiterhin den Anspruch des 1975 kurz vor dem Fall Saigons ernannten Erzbischofs *Francis Xavier Nguyen Van Thuan* offenhalten wolle, der nach 13 Jahren Arbeitslager ausgewiesen wurde und heute in Rom lebt. Die Behörden von Ho-Chi-Minh-Stadt haben *Nicolas Huynh Van Nghi* „ungesetzliche Aktivitäten“ vorgeworfen, da er religiöse Handlungen ohne ihre Genehmigung vorgenommen habe. Auch Regierungschef *Vo Van Kiet* schaltete sich mit einem Interview im Februar 1994 in die Debatte ein. Er lobte den alten Erzbischof *Nguyen Van Binh* und zeigte sich besorgt darüber, daß die Stabilität im Lande durch das Vorgehen des Vatikan in der Ernennung des Apostolischen Administrators gefährdet werden könne. Die Regierung erwartete, daß ein Nachfolger für *Nguyen Van Binh* in Ho-Chi-Minh-Stadt keine Richtung einschlagen dürfe, die von der seines Vorgängers abweiche. Die Regierung lege Wert darauf, daß das „Komitee der Einheit der Katholiken“ und deren Zeitung „Katholizismus und Nation“ auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen (vgl. *Eglises d'Asie* No. 173, 16. März 1994, 13-15).

Um den Besuch von *Claudio Celli*, Untersekretär im Staatssekretariat und *Nguyen Van Phuong*, Offizial der Kongregation für die Evangelisierung, in Vietnam gab es im Vorfeld lange Auseinandersetzungen. Nach längerer Zeit des Wartens konnte der Besuch schließlich vom 6. bis 13. März 1994 stattfinden. Einvernehmliche Regelungen konnten für Hanoi und Hue getroffen werden, wo der Apostolische Administrator, *Paul Joseph Pham Dinh Tung*, als Erzbischof die Nachfolge von Kardinal *Trinh Van Can* (gest. am 18. Mai 1990) antreten konnte. Darüber hinaus wurde *Le Duc Trong*, bisher Generalvikar, zum Weihbischof für Hanoi bestimmt. In Hue wurde *Etienne Nguyen Nhu The* zum Apostolischen Administrator ernannt und tritt damit die Nachfolge von *Nguyen Kim Dien* an, nach dessen Tod die Erzdiözese fünf Jahre verwaist war. Ferner wurde der Errichtung eines Priesterseminars in Hue zugestimmt. Die Errichtung zweier weiterer Seminare in Thai Binh und in Xuan Loc wird die Regierung „prüfen“.

Nach Abreise der Delegation stimmte die Regierung am 23. April 1994 der Ernennung von *Nguyen Son Lam* zum Bischof von Thanh Hoa zu. Der neu ernannte Bischof stammt zwar aus dem Norden, hatte aber im Süden gearbeitet. Es ist das erste Mal, daß die Regierung der Versetzung eines Bischofs oder Priesters aus dem Süden zum Einsatz im Norden des Landes zugestimmt hat. Für die Diözese Bac Ninh, wo der neue Erzbischof *Pham Dinh Tung* Bischof war, wurde *Paul Nguyen Van Tuyen* zum Bischof ernannt. Die Diskrepanzen um die Ernennung des Apostolischen Administrators für Ho-Chi-Minh-Stadt konnten jedoch nicht ausgeräumt werden. In den Gesprächen der vatikanischen Delegation im März 1994 wurde zwar einvernehmlich festge-

halten, daß Erzbischof *Nguyen Van Thuan* in Rom eine „andere Funktion“ erhalten soll, die seiner Stellung entspricht. Beide Seiten blieben jedoch bei ihren Standpunkten, die vietnamesische, daß der Vatikan einseitig gehandelt habe, und der Vatikan, daß die Ernennung eines Administrators überall auf der Welt ohne Zustimmung der betroffenen Regierung erfolge.

Gegenwärtig bestehen in Vietnam fünf Priesterseminare: in Ho-Chi-Minh-Stadt, in Hanoi, in Vinh, in Nha Trang, in Cantho. Die staatlichen Vorgaben und Kontrollen des Lehrbetriebs in den Priesterseminaren erschweren den Ablauf des Studiums nicht unerheblich. Bei der Zulassung zum Seminar wollen verschiedene Partei- und Staatsorgane gefragt sein, das Gleiche gilt für die Erteilung einer Weiheerlaubnis am Ende der Studien. Die Zahl der offiziell aufgenommenen Seminaristen beläuft sich auf über 800. Es gibt drei Klassen von Seminaristen: Zum einen diejenigen, die in der langen Wartezeit schon zu Priestern geweiht wurden und erst jetzt eine theologische Ausbildung erhalten können. Zum anderen die älteren Seminaristen, die schon Jahre auf eine Zulassung zum Studium gewartet haben, und schließlich die Gruppe der jüngeren Studienanfänger.

Der theologische Studienbetrieb an den Seminaren leidet darunter, daß es nur wenige qualifizierte theologische Lehrer gibt und daß Bibliotheken, soweit sie überhaupt vorhanden sind, nur veraltete Bücher besitzen. Die Situation im Süden ist natürlich wesentlich besser, da dort bis 1975 Verbindungen zu den anderen asiatischen Kirchen bestanden und der durch das Zweite Vatikanum erfolgte Wandel noch mitvollzogen werden konnte. Jahre hindurch hat die Regierung einen Austausch von kirchlichem Personal zwischen dem Süden und dem Norden Vietnams wegen der zu großen Unterschiede in der Mentalität unterbunden. Erst vor kurzem wurde es möglich, daß die Seminare Professoren austauschen. 1993 hat die Regierung erstmals wieder die Erlaubnis für theologische Studien im Ausland unter der Bedingung erteilt, daß diese Studien „wirklich notwendig“ sind und die Kandidaten vorher auf ihre Eignung geprüft wurden: Sechs junge Priester erhielten die Ausreisegenehmigung zu Doktoratsstudien am Institut Catholique in Paris.

## Spannungen innerhalb der buddhistischen Gemeinden

Von einem eigenständigen vietnamesischen Beitrag zur Theologie oder gar von einer eigenständigen vietnamesischen Theologie zu sprechen, verbietet sich beim gegenwärtigen Stand des theologischen Unterrichtes in den Priesterseminaren. Allerdings gibt es innerhalb des Komitees patriotischer Katholiken eine Gruppe, die sich des Anliegens einer einheimischen Theologie für Vietnam angenommen hat. Wegen ihrer Nähe zur Regierung und der mit dieser Gruppierung verbundenen Spaltungsabsichten ist sie innerhalb der katholischen Kirche eher isoliert. Seitens der Hierarchie



gibt es erhebliche Widerstände gegen sie und entsprechende Verbote an den Klerus, sich hier zu engagieren.

Immerhin hat dieses Komitee im November 1992 eine größere Konferenz in Ho-Chi-Minh-Stadt durchgeführt, bei der die protestantische Untergruppe der Christlichen Konferenz in Asien (CCA), das „Programm für Theologie und Kulturen in Asien“ (PTCA), mitwirkte. Dabei ging es im Rahmen des laufenden Programms der PTCA, *Theologie auf asiatische Weise zu betreiben*, darum, einen Ansatz für eine kontextuelle Theologie in Vietnam zu entwickeln (vgl. *Theologie im Kontext*, 14/1993, 2, 118–120). Diese Form einer ökumenischen Zusammenarbeit wirft ein bezeichnendes Licht auf die Situation, bei der aus politischen Gründen einer bestimmten, innerhalb der katholischen Kirche umstrittenen Gruppierung die internationale Zusammenarbeit gestattet wird, die man der offiziellen Kirche verweigert. An den verschiedenen Konferenzen der Gremien der Vereinigung asiatischer Bischofskonferenzen (FABC) dürfen vietnamesische Vertreter immer noch nicht teilnehmen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß zwar die südvietnamesische Bischofskonferenz Mitglied der FABC gewesen sei, die gesamtvietnamesische Bischofskonferenz aber nie offiziell die Mitgliedschaft angetreten habe.

Die *protestantischen Gemeinschaften* in Vietnam sind eine kleine Minderheit von etwa 200000 Gläubigen, die in der Mehrheit zu den ethnischen Minderheitengruppen der sog. „Montagnards“ gehören. Ende 1993 richtete die protestantische Kirche ein Gesuch an die Regierung, in der um die Rückgabe dreier Kirchen in Ho-Chi-Minh-Stadt gebeten wurde. Diese Kirchen waren Anfang der 80er Jahre geschlossen worden und zwei der Pastoren wurden 1990 zur Ausreise *überredet*, nachdem sie zuvor einige Jahre im Gefängnis waren. Die relative Öffnung in der Religionspolitik der Regierung hatte bisher noch keine Auswirkungen auf die protestantischen Gemeinden. Immer sind noch 284 Kirchen und Kultstätten geschlossen (EDA No. 171, 16. Februar 1994, 11f.).

Offizielle Religionsstatistiken sind in Vietnam nicht zu erhalten. Schätzungen gehen davon aus, daß der Anteil der *Buddhisten* an der vietnamesischen Bevölkerung bei etwa 80 Prozent liegt. Wie auch bei den anderen Religionen hat die kommunistische Regierung großes Gewicht darauf gelegt, die einflußreichen buddhistischen Mönche unter strikter Kontrolle zu halten. Dies geschieht einmal mit Hilfe der „Vietnam Buddhist Church“, einer vom Staat anerkannten und gelenkten Organisation, die ähnlich wie das für die Katholiken gegründete „Solidaritätskomitee vietnamesischer Katholiken“ oder die „Vereinigung patriotischer Priester“ die Kontrolle durch den Staat sicherstellen soll. Die kommunistische Regierung ist sich bewußt, daß die buddhistischen Mönche in der jüngeren Geschichte des Landes eine große politische Rolle gespielt haben. Eine 1993 gebildete sog. „Gemeinschaft von Mönchen und Nonnen (Sangha) der Provinz Hue“, die der offiziellen buddhistischen Vereinigung kritisch gegenübersteht, wurde von der Regierung aufgefordert, sich aufzulösen, da keinerlei offizielle Erlaubnis für ihre Gründung erteilt worden sei. Dieser Vorfall macht deutlich, daß es interne Spannungen innerhalb der buddhistischen Gemeinden gibt und der Geist des Widerstandes gegen die offizielle Regierungspolitik unter den buddhistischen Ordensleuten verbreitet ist.

Die Ende der dreißiger Jahre im Mekong-Delta entstandene *Hoa-Hao-Sekte* ist eine aus dem Buddhismus hervorgegangene Reformgruppe, die im Widerstand gegen die japanische Besatzung in den vierziger Jahren militärische und politische Bedeutung erreichte. Die gegenwärtig etwa 1,5 Millionen Anhänger zählende Gemeinschaft wurde nach 1975 von der Regierung strikt überwacht, hat aber inzwischen weitgehend ihre Bewegungsfreiheit wieder erlangt. Über etwa 2 Millionen Anhänger soll heute auch die synkretistische *Cao-dai-Religion* haben, die mit ihren bunten Tempeln, farbenfrohen liturgischen Gewändern und ihrer dem Katholizismus entsprechenden hierarchischen Struktur auf ausländische Touristen großen Eindruck macht. Georg Evers

## Kurzinformationen

### Irritationen um ein Vatikan-dokument zum Holocaust

Am Rande der 15. Tagung des Internationalen Verbindungskomitees zwischen dem International Jewish Committee for Interreligious Consultations (IJCIC) und der Vatikanischen Kommission für die religiösen Beziehungen

zum Judentum in Jerusalem entstand einige Verwirrung um einen Entwurf zu einem seit einiger Zeit angekündigten vatikanischen Dokument zum Holocaust. Ohne die Mißverständnisse bzw. Falschmeldungen im einzelnen zu wiederholen, ging es dabei um folgenden Sachverhalt: Der Präsident des vatikanischen Einheitsrates, Kardinal *Edward Cassidy*, hatte vor vier Jahren

die Abfassung eines vatikanischen Dokuments auf einer früheren Tagung des genannten Verbindungskomitees angekündigt (vgl. HK, Oktober 1990, 492f.). Vor zwei Jahren war daraufhin der Aachener Akademiedirektor *Hermann Henrix*, der auch Mitglied des Verbindungskomitees ist, von vatikanischer Seite neben dem französischen Dominikaner *Bernard Dupuy* gebeten